



STARK FÜR DIE MENSCHEN

EVP WAHLMANIFEST – EUROPAWAHLEN 2009

(Originalversion ist die Englische Fassung. Die Übersetzung dient lediglich zur Information)

2009 ist für Europa ein Jahr der beispiellosen Herausforderungen. Die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament sind deshalb für unsere Zukunft besonders wichtig. Zum einen befinden wir uns in einer Finanz- und Wirtschaftskrise, in welcher Kompetenz, Entschlossenheit und Weitsicht, nicht aber Ideologie gefordert sind. Zum anderen müssen wir Europa mit intelligenten Lösungen anstatt mit Notlösungen vor den Bedrohungen durch Terrorismus und Kriminalität schützen, den Klimawandel bekämpfen und der Alterung unserer Gesellschaft begegnen. Um uns den wachsenden Herausforderungen der globalen Instabilität gemeinsam mit unseren Partnern zu stellen, benötigen wir eine Europäische Union, die stärker und effizienter agiert.

Europa hat es weit gebracht. Die Europäische Volkspartei hat mehr als jede andere politische Kraft zur Entwicklung der Europäischen Union beigetragen. Die Gründungsväter unseres vereinten Europas waren Christdemokraten. Ihre Errungenschaften waren auf festen Überzeugungen gegründet, die in der jüdisch-christlichen Tradition und der Aufklärung wurzelten und in deren Mittelpunkt Freiheit, Verantwortung und die Würde des Menschen stehen. Von diesen Werten geleitet waren die Frauen und Männer der Europäischen Volkspartei in den vergangenen 50 Jahren Vorreiter für die Verbesserung und die schrittweise Erweiterung der Union sowie die Einführung des Euro. All dies ermöglichte uns ein Leben in Frieden, Sicherheit und wachsendem Wohlstand über fünf Jahrzehnte. Während andere redeten, haben wir gehandelt.

Wir wissen um die Vorschläge, die andere Parteien angesichts der neuen Herausforderungen im Jahr 2009 machen. Die Sozialisten sehen in der Finanz- und Wirtschaftskrise eine Möglichkeit, ihre veralteten Vorstellungen von Verstaatlichung, Protektionismus und schuldenfinanzierten Staatsausgaben voranzutreiben. Wir hingegen setzen uns für die Erhaltung und Nachhaltigkeit einer wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft ein. Nationalisten nutzen die Krise, um für ihre altbekannten Pläne gegen ein starkes Europa zu plädieren – eine Zielsetzung, die schnell dazu führen würde, dass wir die Herausforderungen des 21. Jh. nicht bewältigen könnten. Wir hingegen sind entschlossen, die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon sowie die Modernisierung und Stärkung der Union voranzutreiben. Mit anderen Worten: Bei dieser Wahl geht es um grundlegende Entscheidungen – zwischen den gefährlichen Rezepturen der Sozialisten und Nationalisten und einer sicheren Zukunft, die auf Werten, Verantwortung, Kompetenz und koordiniertem Handeln basiert.

Wohlstand für alle

Für die Europäische Volkspartei ist Wirtschaft kein Selbstzweck. Sie steht im Dienste der Menschen. Wir glauben an eine Gesellschaft, die auf Individualität, Freiheit, Solidarität und sozialer Kohäsion beruht. Das ist soziale Marktwirtschaft. Ohne eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung sind sozialer Zusammenhalt und politische Stabilität nicht möglich.

Die derzeitige Krise wurde durch Kurzsichtigkeit und mangelnde Kontrolle des internationalen Finanzsystems verursacht. Jetzt gilt es, die Rolle der Regulierung der Finanzmärkte und unserer Wirtschaftssysteme allgemein neu zu definieren. Überdies können wir es nicht zulassen, dass der Finanzsektor die Gewinne einstreicht und der Allgemeinheit die Verluste aufbürdet. Wir wollen eine bessere und intelligentere Regulierung, keine Regulierung um ihrer selbst willen. Aber unsere Position unterscheidet sich auch klar von den Ideen der Marktfundamentalisten, die glauben, dass die Welt von den Märkten allein regiert werden sollte. Die aktuelle Krise erfordert zusätzliche öffentliche Ausgaben, die jedoch zeitlich begrenzt sein müssen. Wir dürfen nicht auf Kosten der nächsten Generationen leben.

- Priorität ist und bleibt die Schaffung von Arbeitsplätzen. Wir müssen Reformen fortsetzen und in Bildung, lebenslanges Lernen und Beschäftigung investieren, um Chancen für alle zu schaffen.
- Es gilt, eine internationale Wirtschaftskrise abzuwenden und dem Protektionismus vorzubeugen. Die europäischen Regierungen müssen die Koordination ihrer Finanz- und Geldpolitik weiterhin verbessern.
- Die internationale Finanzarchitektur muss umstrukturiert werden. Die europäischen Bestimmungen allein reichen für internationale Finanzmärkte nicht aus – Transparenz und Kontrolle müssen verbessert werden. Die Banken müssen sich wieder auf ihre lebenswichtige Funktion konzentrieren, die Ersparnisse der Bürgerinnen und Bürger zu sichern und Barmittel für unsere Wirtschaften bereitzustellen.
- Die derzeitige Rezession ist eine Gelegenheit, mehr in umweltfreundliche Technologien zu investieren. Wir wollen, dass Europa in diesem Sektor weltweit eine führende Position einnimmt, um unser Wirtschaftswachstum anzukurbeln, mehr Arbeitsplätze zu schaffen und gleichzeitig Europas Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu reduzieren.

Für ein sichereres Europa

Terrorismus, insbesondere der totalitäre Dschihad-Terrorismus, stellen eine Bedrohung unserer grundlegenden Werte dar. Die Europäische Union muss deshalb ihre Zusammenarbeit und Effizienz im internationalen Kampf gegen den Terrorismus konstant verbessern und der Tatsache Rechnung tragen, dass es in diesem Kontext keinen Unterschied mehr zwischen „international“ und „nationalstaatlich“ gibt. Eine sicherere Zukunft für Europa bedeutet aber auch einen besseren Schutz vor organisierter Kriminalität, die Verhinderung illegaler Einwanderung und die Sicherung unserer Versorgung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln.

- Die oberste sicherheitspolitische Priorität der EU ist die Terrorismusbekämpfung. Die Union sollte formale Verbindungen für eine enge Zusammenarbeit zwischen dem für Freiheit, Justiz und Sicherheit zuständigen Kommissionsmitglied, dem Koordinator der Terrorismusbekämpfung und dem Direktor von Europol einrichten und ihre Arbeit und die internationalen Aktivitäten der EU und ihrer Mitgliedstaaten besser aufeinander abstimmen. Die operativen Fähigkeiten von Europol müssen erheblich verbessert werden.

- Die Bekämpfung der illegalen Einwanderung und des Menschenhandels muss besser koordiniert werden. Dies beinhaltet u. a. den Ausbau der operativen Fähigkeiten und Ressourcen der Grenzschutzagentur FRONTEX, die Anwendung einer gemeinsamen Asylpolitik, Beschleunigung der Einführung eines Blue-Card-Systems für legale Einwanderer sowie die Einrichtung enger Partnerschaften mit Herkunftsländern illegaler Einwanderer.
- Eine erneuerte Landwirtschaftspolitik muss der Volatilität der Märkte gewachsen sein, das richtige Gleichgewicht zwischen einer sicheren Nahrungsmittelversorgung, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit finden und gleichzeitig dafür sorgen, dass Nahrungsmittel bezahlbar bleiben und die gute Qualität erhalten bleibt.

Bekämpfung des Klimawandels

Die globale Erwärmung ist eine Tatsache. Die Zukunft der Menschheit hängt von unserer Fähigkeit ab, nachhaltigere Möglichkeiten für den Umgang mit den Ressourcen der Erde zu entwickeln. Zudem macht uns die Reduktion der Treibhausgasemissionen unabhängiger von Gas- und Öl-Importen. Die EVP setzt sich für die Reduzierung von Treibhausgasen und mehr kohlenstofffreie Energieträger ein.

Eine beherzte und schnelle Umstellung auf modernere und effizientere Technologien wird nicht nur gut für das Klima sein und den Weg für eine internationale Lösung ebnen, sondern auch unsere Wirtschaft fördern, da Europa dadurch bei den neuen Technologien weltweit führend sein wird. Die Finanz- und Wirtschaftskrise darf keine Entschuldigung für Untätigkeit sein – im Gegenteil: Sie sollte als Weckruf zur Modernisierung unserer Wirtschaftssysteme und Schaffung neuer, nachhaltiger Arbeitsplätze verstanden werden. Marktmechanismen können und sollten zur Reduzierung von Emissionen genutzt werden.

- Europa sollte auf der Grundlage einer umfangreicheren und besseren Forschung und Entwicklung Marktführer für umweltfreundliche Technologien werden.
- Bis 2020 muss der Anteil erneuerbarer Energien am Energiemix auf mindestens 20 % erhöht werden.
- Kernenergie sollte für die Mitgliedstaaten weiterhin eine Option zur Reduzierung von Emissionen sein.
- Als marktbasierter Anreiz zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen muss ein funktionierendes Emissionshandelsystem eingeführt werden.

Bewältigung des demografischen Wandels

Europa steht ein großer demografischer Wandel bevor, da u. a. niedrigere Geburtenraten, ein wachsender Anteil älterer Menschen und höhere Lebenserwartungen prognostiziert werden. Die Europäische Union muss deshalb eine neue Agenda für altersgerechte Beschäftigung und Selbständigkeit vorlegen und die Unterstützung für ehrenamtliche Arbeit verbessern. Die EVP sieht in diesem Zusammenhang die Familie als Mittelpunkt unserer Gesellschaft und Bewahrerin unserer Werte; deshalb müssen ihr besondere Anreize geboten werden. Unser ultimatives Ziel ist die Schaffung eines besseren, sichereren und wohlhabenderen Europas für unsere Kinder und unsere Kindeskiner.

- Nationale politische Entscheidungsträger müssen die Funktionsfähigkeit der Sozialversicherungssysteme verbessern. In Europa müssen Rentenreformen durchgeführt werden, um das effektive Rentenalter an die demografischen Entwicklungen anzupassen. Zusätzlich sollten die Systeme der privaten Altersvorsorge verbessert werden.

- Familienpolitik muss stärker mit anderen nationalen Politikfeldern verknüpft werden. Wir brauchen unbedingt familienfreundliche Politiken, die eine größere Flexibilität berufstätiger Eltern ermöglichen. Gefordert sind eine bessere Kinderbetreuung und Wohnbaupolitik sowie die Einführung einer familienfreundlichen Steuerpolitik, zudem sollte die Karenzzeit für beide berufstätige Elternteile unterstützt werden.
- Bildung ist für unser zukünftiges Wachstum und unseren künftigen Wohlstand unerlässlich. Eine bessere Bildung erhöht die Beschäftigungschancen der Arbeitslosen. Lebenslanges Lernen ist bei der Bewältigung der neuen Herausforderungen durch die technologischen Entwicklungen und die Globalisierung essenziell. Da die Kosten im öffentlichen Sektor steigen, sollten weiters die Vorteile der Zusammenarbeit mit dem Privatsektor geprüft werden.
- Die EU muss eine langfristige Strategie zur Förderung und Gewinnung begabter, qualifizierter und kompetenter Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Ländern verabschieden, um die europäische Wirtschaft wettbewerbsfähiger, dynamischer und wissensbasierter zu machen. Um legale Einwanderer bei ihrer Integration in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft zu unterstützen, sind Sprachkurse, systematische Anreize für Unternehmer, Berufsausbildungen und verbesserte Arbeitsplatzvermittlungen erforderlich.

Ein geeintes Europa in der Welt

In den letzten 20 Jahren sah sich Europa nie mit einer Weltlage konfrontiert, die so gespannt und unsicher ist wie heute. Es ist also im Interesse der Europäischen Union, eine wichtigere Rolle in der Weltpolitik zu spielen. Für Europa gilt es im Jahr 2009, seine Handlungsfähigkeit zu verbessern, die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten zu erneuern, seinen Nachbarn im Osten und Süden besondere Aufmerksamkeit zu zollen und weltweit neue Partner zu suchen, um den Frieden und den Wohlstand in Europa zu sichern und gleichzeitig dazu beizutragen, die Welt besser und sicherer zu machen.

- Internationale Institutionen müssen sich den neuen Tatsachen anpassen. Das bedeutet eine Verbesserung der Kontrollen der internationalen Finanzmärkte durch Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds sowie eine Stärkung der Vereinten Nationen.
- Eine stärkere verteidigungspolitische Zusammenarbeit, was eine strategische Vereinbarung mit den USA und anderen Verbündeten einschließt, eine bessere Bündelung der Ressourcen militärischer Strukturen sowie die Finanzierung, Forschung und gemeinsame Streitkräfte mit standardisierten Bedingungen für Interventionen und Einsatzregeln (Rules of Engagement) bei internationalen Missionen, sind nötig.
- Die EU sollte bei ihrer Nachbarschaftspolitik differenzieren, um den Besonderheiten verschiedener Länder gerecht zu werden, und gleichzeitig gemeinsame Menschenrechtsstandards und das Rechtsstaatsprinzip in einer „Nachbarschafts-Charta“ verankern.

Wir alle haben die Wahl: Eine Europäische Union, die stark für ihre Bürgerinnen und Bürger ist, auf gemeinsamen Werten beruht und von der stärksten politischen Partei geführt wird – oder eine schwache Union mit einer unsicheren Zukunft mit Rezepturen von gestern für die Probleme von heute. Die Europäische Volkspartei ist bereit, diese Herausforderung anzunehmen. Alles, was wir dafür brauchen, ist Ihre Stimme.